

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der 10. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des  
Hauptausschusses am 18.06.2015**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Wappensaal,  
Marktplatz 2,  
06100 Halle (Saale),

**Zeit:** 16:00 Uhr bis 16:52 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnahmeverzeichnis

**Anwesend sind:**

Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister	
Dr. Annegret Bergner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Bernhard Bönisch	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Andreas Scholtyssek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	
Dr. Ulrike Wünsch	CDU/FDP-Stadtratsfraktion	für Hr. Dr. Wöllenweber
Hendrik Lange	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI	für Fr. Nagel
Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD-Fraktion	für Fr. Hintz
Johannes Krause	SPD-Fraktion	
Melanie Ranft	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	für Fr. Dr. Brock
Tom Wolter	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM	

Egbert Geier	Bürgermeister
Uwe Stäglin	Beigeordneter
Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete
Tobias Kogge	Beigeordneter
Sabine Ernst	Verwaltung
Oliver Paulsen	Verwaltung
Marco Schreyer	Verwaltung
Maik Stehle	Verwaltung

**Entschuldigt fehlen:**

Herr Dr. Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion
Elisabeth Nagel	Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI
Katharina Hintz	SPD-Fraktion
Dr. Inés Brock	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**zu Einwohnerfragestunde**

---

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

**zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Die 10. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** eröffnet und geleitet.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

**zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bat darum, den Tagesordnungspunkt

- 5.1 Bestellung eines Protokollführers sowie einer stellvertretenden Protokollführerin  
Vorlage: VI/2015/00933

gleich nach der Feststellung der Tagesordnung zu behandeln.

Des Weiteren sollen folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abgesetzt werden:

- 5.3 Baubeschluss Grundinstandsetzung der Elisabethbrücke (BR 022-023)  
Vorlage: VI/2015/00767  
*Gleiche Voten in den Fachausschüssen.*
- 6.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) - Richtlinie zur einheitlichen Gestaltung von Radverkehrsanlagen  
Vorlage: V/2014/12602  
*Gleiche Voten in den Fachausschüssen, Beschlussvorschlag wurde geändert.*
- 6.2 gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) und der CDU/FDP - Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Verwendung der Ruherechtsentschädigung zum Abbau des Investitionsstaus an Friedhöfen  
Vorlage: VI/2015/00610  
*Gleiche Voten in den Ausschüssen.*
- 6.3 Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zum Schulbesuch von Geschwisterkindern aus dem Saalekreis  
Vorlage: VI/2015/00762  
*Gleiche Voten in den Fachausschüssen, Begründung wurde geändert.*

- 6.4 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erhebung einer Kulturförderabgabe im Gebiet der Stadt Halle  
Vorlage: VI/2015/00801  
*Wurde im Fachausschuss vertagt.*
- 6.4.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erhebung einer Kulturförderabgabe im Gebiet der Stadt Halle  
Vorlage: VI/2015/00929  
*Wurde im Fachausschuss vertagt.*
- 6.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erhöhung des Frauenanteils in den Aufsichtsgremien städtischer Unternehmen  
Vorlage: VI/2015/00863  
*Wurde im Fachausschuss vertagt.*

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** informierte über Änderungen und Ergänzungen der Tagesordnungspunkte:

- 5.2 Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse  
Vorlage: VI/2015/00839  
*Hierzu liegt ein Änderungsantrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion unter 5.2.2 vor.*
- 5.4 Festlegung des Wahltages für den Beigeordneten/die Beigeordnete für Bildung und Soziales  
Vorlage: VI/2015/00820  
*Hierzu liegt ein Änderungsantrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion unter 5.4.1 vor.*

**Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, fragte nach, weshalb unter dem TOP 5.4 die Ausschreibung der Beigeordnetenstelle behandelt werden soll und erst zum Tagesordnungspunkt Mitteilungen die Stellenausschreibung für diese Stelle.

**Herr Schreyer, Fachbereichsleiter Recht**, teilte dazu mit, dass der Punkt der Stellenausschreibung ausdrücklich unter dem Tagesordnungspunkt Mitteilungen vorgesehen war. Entsprechend der Auffassung der Verwaltung habe die Kommunalaufsicht bestätigt, dass der Text der Stellenausschreibung nicht der Beschlussfassung des Stadtrates unterliege und dieser nur zur Kenntnis gegeben werden muss.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis zur geänderten TO: einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

2. Feststellung der Tagesordnung
  - . Behandlung TOP 5.1
3. Genehmigung der Niederschrift vom 20.05.2015
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
  - 5.1 Bestellung eines Protokollführers sowie einer stellvertretenden Protokollführerin  
Vorlage: VI/2015/00933
  - 5.2 Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse  
Vorlage: VI/2015/00839
    - 5.2.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur BV Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse  
Vorlage: VI/2015/00924
    - 5.2.2 Änderungsantrag der CDU/FDP Fraktion zur BV Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse - VI/2015/00839  
Vorlage: VI/2015/01012
  - 5.3 *Baubeschluss Grundinstandsetzung der Elisabethbrücke (BR 022-023)*  
Vorlage: VI/2015/00767 *abgesetzt*
  - 5.4 Festlegung des Wahltages für den Beigeordneten/die Beigeordnete für Bildung und Soziales  
Vorlage: VI/2015/00820
    - 5.4.1 Änderungsantrag der CDU/FDP Fraktion zur Vorlage: Festlegung des Wahltages für den Beigeordneten/die Beigeordnete für Bildung und Soziales - VI/2015/00820  
Vorlage: VI/2015/01010
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
  - 6.1 *Antrag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) - Richtlinie zur einheitlichen Gestaltung von Radverkehrsanlagen*  
Vorlage: V/2014/12602 *abgesetzt*
  - 6.2 *gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) und der CDU/FDP - Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Verwendung der Ruherechtsentschädigung zum Abbau des Investitionsstaus an Friedhöfen*  
Vorlage: VI/2015/00610 *abgesetzt*
  - 6.3 *Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) zum Schulbesuch von Geschwisterkindern aus dem Saalekreis*  
Vorlage: VI/2015/00762 *abgesetzt*
  - 6.4 *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erhebung einer Kulturförderabgabe im Gebiet der Stadt Halle*  
Vorlage: VI/2015/00801 *vertagt*

- 6.4.1 *Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erhebung einer Kulturförderabgabe im Gebiet der Stadt Halle*  
*Vorlage: VI/2015/00929* *vertagt*
- 6.5 *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erhöhung des Frauenanteils in den Aufsichtsgremien städtischer Unternehmen*  
*Vorlage: VI/2015/00863* *vertagt*
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
- 8.1 Stellenausschreibung Beigeordnete/Beigeordneter für Bildung und Soziales
- 8.2 Mitteilung zur gemeinsamen Hauptausschusssitzung mit dem Saalekreis
- 8.3 Mitteilung zur Sondersitzung des Stadtrates am 23.07.2015
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

Wie bei der Feststellung zur Tagesordnung von Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand vorgeschlagen, wurde der TOP 5.1 vorgezogen.

**zu 5.1 Bestellung eines Protokollführers sowie einer stellvertretenden Protokollführerin**  
**Vorlage: VI/2015/00933**

---

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Hauptausschuss widerruft das Einvernehmen für:  
Frau Anja Schneider als Protokollführerin,  
Frau Kirsten Sommer als stellvertretende Protokollführerin des Hauptausschusses.
2. Der Hauptausschuss erteilt sein Einvernehmen zur Bestellung für:  
Herr Maik Stehle als Protokollführer,  
Frau Katrin Flint als stellvertretende Protokollführerin des Hauptausschusses.

**zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 20.05.2015**

---

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 9. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 20.05.2015.

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**  
1 Enthaltung

**zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

---

Es lagen keine nicht öffentlich gefassten Beschlüsse aus der Sitzung des Hauptausschusses vom 20.05.2015 vor.

**zu 5 Beschlussvorlagen**

---

**zu 5.1 Bestellung eines Protokollführers sowie einer stellvertretenden Protokollführerin**  
**Vorlage: VI/2015/00933**

---

*Dieser Tagesordnungspunkt wurde nach TOP 2 - Feststellung der Tagesordnung behandelt.*

**zu 5.2 Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse**  
**Vorlage: VI/2015/00839**

---

**zu 5.2.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur BV Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse**  
**Vorlage: VI/2015/00924**

---

**zu 5.2.2 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur BV Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse - VI/2015/00839**  
**Vorlage: VI/2015/01012**

---

**Herr Schreyer, Fachbereichsleiter Recht**, berichtete, dass bereits in einer ersten Lesung in der letzten Hauptausschusssitzung Änderungen der Geschäftsordnung beraten worden sind.

Die heutige zweite Lesung soll dazu genutzt werden, die sich aus der ersten Lesung ergebenden Fragen und Änderungen zu diskutieren.

Bezüglich des Änderungsantrages der SPD-Fraktion verwies er darauf, dass dieser noch nicht eingearbeitet wurde, da die Begründung der Antragsteller noch aussteht.

**Herr Lange, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI**, wies darauf hin, dass seine Fraktion noch nicht abstimmungsbereit sei. Er begründete das mit der noch notwendigen Rückkopplung in seiner Fraktion zum Änderungsantrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, stellte den Antrag auf Vertagung, um den Änderungsantrag in den Fraktionen diskutieren zu können.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bat um Abstimmung des Antrages von Herrn Krause auf Vertagung.

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**  
11 Ja-Stimmen  
1 Enthaltung

**zu 5.2.2 Änderungsantrag der CDU/FDP Fraktion zur BV Neufassung der Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse - VI/2015/00839  
Vorlage: VI/2015/01012**

---

**Abstimmungsergebnis:** **vertagt**

**Beschlussvorschlag:**

Die Beschlussvorlage wird wie folgt geändert:

**§ 2  
Änderungen der  
Tagesordnung**

- (3) Die Absetzung von Angelegenheiten von der Tagesordnung oder die Änderung der Reihenfolge der Tagesordnungspunkte kann mit einfacher Mehrheit der anwesenden Stadträte entschieden werden. ~~Die Absetzung von der Tagesordnung bedarf der Zustimmung des Einbringers.~~
- 

**§ 6  
Sitzungsleitung und -verlauf**

- (1) Der Vorsitzende des Stadtrates leitet die Verhandlungen des Stadtrates im Rahmen dieser Geschäftsordnung. Er ruft die Verhandlungsgegenstände auf und stellt sie zur Beratung und Beschlussfassung. ~~Will er zu einem Verhandlungsgegenstand als Mitglied des Stadtrates selbst sprechen, so muss er den Vorsitz für die Dauer der Beratung und Beschlussfassung dieses Gegenstandes an seinen Stellvertreter abgeben. Der Vorsitzende des Stadtrates kann im Falle seiner Erschöpfung die Leitung an seinen Stellvertreter übertragen. Der Vorsitzende des Stadtrates kann die Leitung an seinen Stellvertreter abgeben.~~
-

(3) Die Sitzungen des Stadtrates sind grundsätzlich in folgender Reihenfolge durchzuführen:

öffentlicher Sitzungsteil

**a) Aktuelle Stunde**

- b) Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit,
- c) Feststellung der Tagesordnung,
- d) Genehmigung der Niederschrift,
- ....

---

**§ 7  
Anträge und Anfragen**

- (2) Anträge müssen 21 Tage vor der Sitzung beim Team Ratsangelegenheiten eingegangen sein – ausgenommen sind Anträge auf Akteneinsicht nach § 17. Anträge können vom Antragsteller entweder für eine Vorberatung in den Ausschüssen oder direkt für eine Beschlussfassung im nach der Hauptsatzung zuständigen Gremium eingereicht werden. Bei Anträgen ~~soll~~ **muss** eine schriftliche Stellungnahme am Freitag, 13:00 Uhr, vor dem Sitzungstermin den Fraktionen und fraktionslosen Stadträten übergeben werden.
- (3) Schriftliche Anfragen sollen 21 Tage vor der Sitzung beim Team Ratsangelegenheiten eingegangen sein, damit eine schriftliche Antwort bis zur Sitzung ermöglicht wird. Ist eine schriftliche Beantwortung bis zum Freitag, 13:00 Uhr, vor dem Sitzungstermin nicht möglich, so ist dies dem Fragesteller mit der Begründung in der Sitzung mitzuteilen und die Beantwortung unverzüglich nachzuholen. **Die Begründung der Verspätung ist in der schriftlichen Antwort der Verwaltung anzuführen.** Während der Stadtratssitzung ~~ist dem Einbringer eine Nachfrage~~ **sind dem Einbringer Nachfragen** gestattet. Eine Diskussion zu den Anfragen und deren Antworten soll nicht stattfinden.
- (4) Während der Sitzung können mündliche Anfragen gestellt werden. Sie sind zu Protokoll zu nehmen. Mündliche Anfragen, die zwei Tage vor der Sitzung des Stadtrates beim Team Ratsangelegenheiten schriftlich angekündigt worden sind, sollen in der Sitzung durch die Verwaltung beantwortet werden. ~~Später~~ **Gestellte** Anfragen werden spätestens innerhalb eines Monats schriftlich beantwortet, sofern die Verwaltung sie nicht sofort beantwortet.

---

**§ 8  
Aktuelle Stunde**

- (2) ~~Die aktuelle Stunde dient dem vorläufigen Austausch von Meinungen und der gegenseitigen Unterrichtung zwischen den Mitgliedern des Stadtrates und der Verwaltung zu einem aktuellen kommunalpolitischen Thema oder Ereignis.~~ **Die aktuelle Stunde dient dem vorläufigen Austausch von Meinungen und der gegenseitigen Unterrichtung zwischen den Mitgliedern des Stadtrates und der Verwaltung. Gegenstand kann nur ein aktuelles kommunalpolitisches Thema oder Ereignis sein, welches nicht zur Beschlussfassung dem Stadtrat vorliegt.** Beschlüsse können nicht gefasst werden.

- (3) Die aktuelle Stunde ist ~~mindestens am Freitag~~ **bis zum Freitag, 13:00 Uhr** in der Woche vor der Stadtratssitzung zu beantragen. Der Antrag muss ein konkretes kommunalpolitisches Thema oder Ereignis von aktuellem Interesse und eine Begründung enthalten.
- (4) An einem Sitzungstag findet nur eine aktuelle Stunde zu einem Thema statt. Sind vor einer Ratssitzung mehrere Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde eingegangen, ~~ist das zuerst fristgerecht angemeldete Thema zu behandeln. Über Ausnahmen entscheidet der Stadtrat mit der Mehrheit der anwesenden Mitglieder.~~ **entscheidet der Stadtrat mit der Mehrheit der gesetzlichen Mitglieder des Stadtrates über die Anträge.**
- 

## § 9

### Beratung der Sitzungsgegenstände

- (4) Ein Mitglied des Stadtrates darf in der Sitzung nur dann sprechen, wenn ihm der Vorsitzende des Stadtrates das Wort erteilt. Das Wort zu derselben Angelegenheit kann nur zweimal erteilt werden. Sollte der Oberbürgermeister oder ein von ihm Beauftragter das Wort ergriffen haben und neue Aussagen zur Sache gemacht oder einen Stadtrat persönlich angesprochen haben, so steht bei ersterem allen, bei letzterem dem Betroffenen unabhängig von Satz 2 das Recht auf einmalige weitere Worterteilung zu. ~~Vor Schließung der Beratung durch den Vorsitzenden hat der Einbringer des Verhandlungsgegenstandes das Recht zur Schlussäußerung.~~
- (5) Die Anrede ist an den Stadtrat, nicht an ~~die Zuhörer~~ **das Publikum** zu richten. Die Redner haben sich an den zur Beratung stehenden Antrag zu halten. Die Redezeit beträgt für den Oberbürgermeister, Fraktionsvorsitzende bzw. einen von ihm benannten Vertreter und Ausschussvorsitzende bzw. einen vom Ausschuss benannten Vertreter 5 Minuten, für die übrigen Mitglieder des Stadtrates 3 Minuten. Auf Beschluss des Stadtrates kann die Redezeit verlängert oder begrenzt werden.
- 

## § 10

### Geschäftsordnungsanträge

- (1) Folgende Geschäftsordnungsanträge können jederzeit gestellt werden:
- k) Übertragung zur Entscheidung an den Oberbürgermeister oder den zuständigen beschließenden Ausschuss.**
- (4) Meldet sich ein Stadtrat zur Geschäftsordnung durch Heben beider Hände, so muss ihm das Wort außerhalb der Reihe erteilt werden. Es darf dadurch kein Redner unterbrochen werden. Zu Geschäftsordnungsanträgen kann nur jeweils ein Redner jeder Fraktion für oder gegen den Antrag das Wort ergreifen. Bemerkungen zur Geschäftsordnung dürfen nicht länger als 1 Minute dauern. Sie dürfen sich mit der Sache selbst nicht befassen. Eine Aussprache zur Sache findet bis zur Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag nicht mehr statt. ~~Ein Antrag auf Schluss der Aussprache bzw. auf Abschluss der Rednerliste kann nur von einem Stadratsmitglied gestellt werden, dass noch nicht zur Sache gesprochen hat.~~
-



**zu 5.4.1 Änderungsantrag der CDU/FDP Fraktion zur Vorlage: Festlegung des Wahltages für den Beigeordneten/die Beigeordnete für Bildung und Soziales – (VI/2015/00820)  
Vorlage: VI/2015/01010**

---

*(Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, verlässt bei der Diskussion zum TOP 5.4 den Raum.)*

**Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, machte darauf aufmerksam, dass die Zuständigkeit für Personalangelegenheiten beim Hauptausschuss liegt und seiner Ansicht nach der Ausschreibungstext für die Beigeordnetenstelle auch darunter falle.

Der Vorschlag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion zur Änderung in der Stellenbeschreibung wurde von **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** als Anregung angenommen.

**Herr Schreyer, Fachbereichsleiter Recht**, stellte klar, dass es schon einmal einen Antrag dahingehend gab. Damals wurde die Stellungnahme der Verwaltung mit der Kommunalaufsicht abgestimmt und der Antrag daraufhin vom damaligen Antragsteller zurückgenommen.

Die Kommunalaufsicht habe klar ausgeführt, dass im Rahmen der Hauptsatzung die Räte über die Zahl der Beigeordneten und deren Wahl im Benehmen mit dem Hauptverwaltungsbeamten beschließen können.

Darüber hinaus gehende Rechte obliegen allein dem Oberbürgermeister. Er teilt die Geschäftsbereiche zu und kann diese auch im Rahmen seiner Organisationshoheit ändern. Der Stellenausschreibungstext stehe in untrennbarem Zusammenhang dazu.

Bezugnehmend auf die Änderung des Ausschreibungstextes verwies **Herr Lange, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI**, darauf, dass sich zwar jeder mit einem abgeschlossenen Hochschulstudium bewerben könne, aber auch noch andere Auswahlkriterien zu beachten sind.

**Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI**, stimmte ebenfalls der Formulierung im Änderungsantrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion zu.

Im Namen seiner Fraktion regte er an, den Anstrich „mehnjähriger Führungserfahrung“ zu ergänzen mit „mehnjährige Führungserfahrung, Kenntnisse der kommunalen Entscheidungskultur und Organisation und Erfahrungen im Jugend-, Sozial- oder Gesundheitsbereich“.

**Frau Ranft, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, verwies auf aktuelle Stellenausschreibungen für Dezernenten in Magdeburg und machte darauf aufmerksam, dass dort die Stellenausschreibungen im Rat beschlossen worden sind.

Sie fragte nach, weshalb es in der Stadt Halle eine andere Regelung gäbe.

**Herr Schreyer** konnte zur Anfrage von Frau Ranft keine Aussage treffen.

Es liege in der Entscheidung des Hauptverwaltungsbeamten, ob er einvernehmlich mit dem Rat die Stellenausschreibung beschließen möchte.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, machte auf die Zeitschiene aufmerksam, welche seiner Meinung nach geändert werden sollte.

Er schlug vor, die Bewerbererfassung bereits am 16.09.2015 enden zu lassen. Die Einsichtnahme der Fraktionen könne dann am 17.09. beginnen und am 23.09. enden. Damit hätte man zum Hauptausschuss am 23.09.2015 die letzte Möglichkeit, einen Vorschlag zu machen, wer eingeladen werden soll. Für den 26.09.2015 könnten dann die ausgewählten Bewerber eingeladen werden. Sollte man an diesem Tag zu keinem Ergebnis kommen, wäre am 10.10.2015 ein weiterer Termin möglich.

Durch **Herrn Schreyer** wurde darauf hingewiesen, dass es nur rechtliche Erfordernisse für die Ausschreibung und Wahlbekanntmachung für den Wahltag gäbe. Die praktischen, vorhergehenden Abstimmungsvorgänge könnten angepasst werden, sofern die rechtlichen Zwänge gewahrt sind.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sagte zu, die Zeitschiene dementsprechend anzupassen.

**Herr Wolter** fragte an, ob es möglich wäre, auf Grund der Schulferien- und Urlaubszeit, die Ausschreibung schon früher zu veröffentlichen.

Des Weiteren machte er darauf aufmerksam, dass die Ausschreibungsfrist von 14 Tagen für eine solche Stelle problematisch wäre. Nach seiner Kenntnis sei es ungewöhnlich, weniger als vier bis sechs Wochen von der Bekanntgabe bis zur Abgabe der Bewerbung einzuräumen.

Auf die Anfrage von **Herrn Bönisch** nach dem Grund des späten Termins für die Veröffentlichung der Ausschreibung wurde durch **Herrn Bürgermeister Geier** mitgeteilt, dass man dabei die Erscheinungstermine des Amtsblattes beachtet habe. Er bot aber eine Prüfung zur Verkürzung des Termins zur Veröffentlichung der Stellenausschreibung unmittelbar nach der Beschlussfassung im Stadtrat an.

**Herr Krause** wies darauf hin, dass damit auch mehr Zeit bleibe, schon während des Einganges der Bewerbungen die Bewerbermatrix zu erstellen.

**Frau Dr. Wünscher, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, fragte nach, weshalb die Ausschreibung nur im Amtsblatt veröffentlicht werden soll.

In Bezug auf den Vorschlag von Herrn Dr. Meerheim zur Ergänzung des Ausschreibungstextes gab sie den Hinweis, den Bildungsbereich noch mit aufzunehmen.

Bezüglich der Veröffentlichung äußerte sich **Herr Bürgermeister Geier** dahingehend, dass die Bekanntmachung der Ausschreibung in einschlägigen Fachzeitschriften, Vakanzenzeitungen und auch überregional erfolgen wird. Er sagte zu, in der nächsten Stadtratssitzung über die Veröffentlichung der Stellenausschreibung zu berichten.

Die Zeitschiene werde er im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister noch einmal entsprechend ändern und in der nächsten Stadtratssitzung darüber informieren.

Abschließend erklärte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sein Einverständnis in Bezug auf die Änderung der Stellenausschreibung laut dem Änderungsantrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion.

Ebenfalls werde der Vorschlag der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zur Änderung der Formulierung: ...“Medien- und Führungserfahrung im oberen Management der öffentlichen Verwaltung, Kenntnisse in kommunalen Entscheidungsstrukturen und Organisation und Erfahrung im Jugend-, Bildungs-, Sozial- und Gesundheitsbereich“ angenommen.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bat um Abstimmung.

**zu 5.4.1 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Vorlage: Festlegung des Wahltages für den Beigeordneten/die Beigeordnete für Bildung und Soziales - VI/2015/00820  
Vorlage: VI/2015/01010**

---

**Abstimmungsergebnis:** erledigt

**Beschlussvorschlag:**

Der Ausschreibungstext der Stellenausschreibung Beigeordnete/r für den Geschäftsbereich Bildung und Soziales wird wie folgt geändert:

Gesucht wird eine zielstrebige, verantwortungsbewusste und kommunikative Persönlichkeit mit:

- einem abgeschlossenen ~~sozial- oder geisteswissenschaftlichen~~ Studium;

**Hochschulstudium (Hochschulen gemäß § 1 Hochschulrahmengesetz)**

**zu 5.4 Festlegung des Wahltages für den Beigeordneten/die Beigeordnete für Bildung und Soziales  
Vorlage: VI/2015/00820**

---

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

**geänderter Beschlussvorschlag (in Form und Text):**

- 1.) Der Tag der Wahl für den Beigeordneten/die Beigeordnete für Bildung und Soziales wird auf den 28.10.2015 festgelegt.
- 2.) Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, die Stellenausschreibung und den Wahltag öffentlich bekannt zu machen.

**zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

Anträge von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

## zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

---

Schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

## zu 8 Mitteilungen

---

### zu 8.1 Stellenausschreibung Beigeordnete/Beigeordneter für Bildung und Soziales

---

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

### zu 8.2 Mitteilung zur gemeinsamen Hauptausschusssitzung mit dem Saalekreis

---

**Herr Paulsen, Grundsatzreferent**, erinnerte daran, dass die Verwaltung in der letzten Sitzung des Hauptausschusses um Themenvorschläge für die gemeinsame Hauptausschusssitzung mit dem Saalekreis gebeten habe.

Von den Fraktionen DIE LINKE/Die PARTEI und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurden der Komplex der Schulentwicklungsplanung, mit den Themen Berufsschulen und Gastschulbeiträge und das Verfahren zur Aufnahme von Saalekreisschülern in der Stadt thematisiert. Des Weiteren die Bereiche Tourismus und touristische Aktivitäten mit den Themen Verbesserung der Radwegeverbindungen, des Saaleradwanderweges sowie abgestimmte Vorhaben im Bereich Wassertourismus.

Als weitere Themen wurden die Zusammenarbeit bei der Landschaftsförderung, Standortmarketing Halle-Ost, die Frage der Finanzierung von Kultureinrichtungen und die Zusammenarbeit im Bereich Wasserver- und Wasserentsorgung sowie im Bereich ÖPNV vorgeschlagen.

Durch **Herrn Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion**, wurde die Zusammenarbeit zum Rettungsdienst und Katastrophenschutz vorgeschlagen. Weiterhin regte er an, den Zoo in Zukunft mehr als gemeinsame Einrichtung in den Fokus zu rücken. In diesem Zusammenhang regte er eine Vorstellung des neuen Zoodirektors an.

Zum Vorschlag von Herrn Bönisch zur Zusammenarbeit bezüglich des Zoo wurde durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** darauf hingewiesen, dass der Saalekreis bereits am Zoo beteiligt sei.

**Herr Krause, SPD-Fraktion**, sagte eine Mitteilung von Themen seiner Fraktion in der nächsten Woche zu.

In Bezug auf terminliche Vorstellungen der Verwaltung zur Durchführung einer gemeinsamen Hauptausschusssitzung teilte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** mit, dass erst die Themenvorschläge abgewartet werden. Ein konkreter Termin wurde noch nicht in Erwägung gezogen.

### zu 8.3 Mitteilung zur Sondersitzung des Stadtrates am 23.07.2015

---

**Herr Paulsen, Grundsatzreferent**, informierte darüber, dass am 23.07.2015 eine Sondersitzung des Stadtrates zum Vergabebeschluss 4. Bauabschnitt HES stattfindet.

Dem Hinweis von **Herrn Krause, SPD-Fraktion**, dass keine weiteren Tagesordnungspunkte in dieser Sondersitzung zu behandeln sind, wurde durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** zugestimmt.

### zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

---

#### zu 9.1 mdl. Anfrage der Stadträtin Melanie Ranft, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zu den LQE-Verhandlungen

---

**Frau Ranft** fragte an:

1. Woraus schließt die Verwaltung, dass die den Verhandlungen mit den freien Trägern und mit dem EB Kindertagesstätten zugrunde gelegten Standards hinsichtlich der Vereinbarungen zu Qualitätsentwicklung, Leistung und Entgelt keine Beschlussfassung im Rat erfordern?
2. Verhandelt die Verwaltung zu Standards in Bezug auf eine angemessene Raumgröße pro Kind? Falls ja, mit welchen Vorgaben geht die Verwaltung in die Verhandlungen und auf welcher Grundlage wurden diese Vorgaben ermittelt? Welche Konsequenzen haben etwaige Vorgaben von Raumgrößen auf die Entgeltvereinbarungen?
3. Verhandelt die Verwaltung zu Standards in Bezug auf die Betriebskosten? Falls ja, welcher Kostensatz wird verhandelt und auf welcher Grundlage wurde dieser ermittelt?

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, verwies auf die Richtlinie des Landes, welche die Grundlage für die Verhandlungen darstellte.

Die Verhandlungen werden, wie alle anderen LQE-Verhandlungen auch, als laufendes Geschäft der Verwaltung geführt.

Bezüglich der Größenordnungen teilte er mit, dass das Land diese in der Richtlinie im KiBeG festgelegte und seitdem keine weiteren Vorgaben gemacht hat. Aus diesem Grund bilden diese Größenordnungen momentan die Grundlage für die Verhandlungen.

Zur ausführlichen Beantwortung der Anfragen von Frau Ranft sagte **Herr Beigeordneter Kogge** eine schriftliche Beantwortung zu.

**Frau Ranft** machte darauf aufmerksam, dass sich keine andere kreisfreie Stadt und kein Landkreis auf die von Herrn Beigeordneten Kogge erwähnten Richtwerte bzw. die Richtlinie beziehen würde und fragte nach, weshalb Halle diesen Weg wählte.

Dazu wurde von **Herrn Beigeordneten Kogge** mitgeteilt, dass das Land mit dem Gesetz beschlossen habe, allein den Kommunen die Form der Verhandlungen zu überlassen. Die Verhandlungen werden mit jedem einzelnen Träger und jeder einzelnen Einrichtung des Trägers geführt. Diese Verhandlungen würden jetzt mit den bisherigen Größenordnungen geführt.

**zu 9.2 mdl. Anfrage Herr Lange, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, zur Entlastung des Sparkassenverwaltungsrates**

---

**Herr Lange** fragte nach dem Stand der Vorlage zur Entlastung des Sparkassenverwaltungsrates.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** teilte mit, dass der Verwaltungsrat der BMA (BeteiligungsMagementAnstalt) eine Satzungsänderung beschlossen habe und jetzt die Entlastung des Sparkassenverwaltungsrates vorbereitet werde.

**zu 9.3 mdl. Anfrage Herr Lange, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, zum Stand des Nahverkehrsbedienungs- und Finanzierungsvertrages**

---

**Herr Lange** fragte nach dem Sachstand zum Thema Nahverkehrsbedienungs- und Finanzierungsvertrag in Bezug auf die Tarifforderung für die Subunternehmen und wann mit einer Vorlage gerechnet werden kann.

Laut der Aussage von **Herrn Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, sei die Vorlage inhaltlich, fachlich vorbereitet und befinde sich in der verwaltungsinternen Abstimmung.

Wenn die Zeitschiene eingehalten werden kann, könne die Vorlage im Stadtrat Juli 2015 vorgelegt werden.

**zu 9.4 mdl. Anfrage Frau Ranft, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum Bericht Schulentwicklungsplan**

---

**Frau Ranft** fragte an, ob die Vorlage des Berichtes zur Schulentwicklungsplanung in der Stadtratssitzung im Juni vorgesehen ist.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, teilte mit, dass momentan noch an der Schulentwicklungsplanung gearbeitet wird und er in der kommenden Stadtratssitzung eine Information dazu geben wird.

**zu 9.5 mdl. Anfrage Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zum Gelände der ehemaligen METRO**

---

Bezugnehmend auf eine Berichterstattung in den Medien, dass das Gelände der ehemaligen Metro an der Ortsgrenze zu Landsberg/Peißen nicht genutzt werden kann, weil sich die Stadt Halle dahingehend geäußert habe, nicht alle Nutzungen zuzulassen, fragte **Herr Bönisch** nach der Richtigkeit der Aussage und was diese bedeutet.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, sagte eine Prüfung des Sachverhaltes und schriftliche Beantwortung zu.

**zu 9.6 mdl. Anfrage Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zu rechtlichen Grundlagen Geh- und Radweg Merseburger Straße**

---

**Herr Bönisch** bat die Verwaltung um das Vorlegen einer Zusammenstellung der rechtlichen Grundlagen bis zur nächsten Stadtratssitzung, welche zur Entscheidung für die Ablehnung des gemeinsamen Geh- und Radweges in der Merseburger Straße geführt haben.

Dazu teilte **Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, mit, dass die Beantwortung der von den Fraktionen eingereichten Fragen schriftlich erfolgte und den Fraktionen bereits zugegangen ist.

Ebenfalls wurden im letzten Planungsausschuss Rückfragen der Fraktionen beantwortet und Richtlinien sowie gesetzliche Vorgaben ausgeführt. Des Weiteren verwies er auf die ausführliche Beantwortung des Fragenkataloges der CDU/FDP-Stadtratsfraktion im Planungsausschuss.

Er bat darum, weitere Wünsche und Ergänzungen der Fraktionen umgehend der Verwaltung mitzuteilen.

**Herr Bönisch** machte deutlich, dass die Beantwortung gegenstandslos sei, wenn die gesetzlichen Richtlinien durch die Verwaltung schon schriftlich vorlägen.

**zu 9.7 mdl. Anfrage Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zum ehemaligen Planetarium**

---

In Bezug auf den geplanten Abriss des ehemaligen Planetariums berichtete **Herr Wolter** über eine Information darüber, dass das Gebäude unter Denkmalschutz gestellt wurde.

In diesem Zusammenhang fragte er, ob diese Information zutreffend sei und welche Pläne es von der Stadt bezüglich des Abrisses gäbe.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** verwies darauf, dass vereinbart war, erst das Antwortschreiben des Landesverwaltungsamtes zu dieser Problematik abzuwarten.

**Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport**, bestätigte die Aussagen von Herrn Wolter bezüglich des Denkmalschutzes. Es gäbe Gespräche mit dem Landesdenkmalamt. Jedoch liege die klare Aussage des Landesverwaltungsamtes vor, dass das Gebäude nicht mehr genutzt werden kann.

Die Verwaltung befinde sich mit dem Landesdenkmalamt dahingehend im Gespräch, wie das Gebäude abgerissen werden kann und ob denkmalwürdige Teile gerettet werden können.

Abschließend fragte **Herr Wolter** an, wann sich der Stadtrat mit dem Abriss des ehemaligen Planetariums befassen wird und ob es von Seiten der Verwaltung eine schriftliche Information über die Entscheidung der Denkmalbehörde gäbe.

**Frau Beigeordnete Dr. Marquardt** teilte mit, dass noch kein Bescheid der Denkmalbehörde vorliege.

---

**zu 9.8 mdl. Anfrage Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, zum ehemaligen Planetarium**

Die Nachfrage von **Herrn Dr. Meerheim**, ob Unterlagen des Landesverwaltungsamtes bezüglich des ehemaligen Planetariums vorliegen würden, wurde von **Frau Dr. Marquardt, Beigeordnete für Kultur und Sport**, bestätigt.

Sie sagte die Weiterleitung des Schreibens an die Fraktionen zu.

---

**zu 9.9 mdl. Anfrage Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI, zum Stadtmarketing**

**Herr Dr. Meerheim** berichtete darüber, dass in der letzten Finanzausschusssitzung kein Mitarbeiter anwesend war, der Informationen zum Thema Stadtmarketing geben konnte. Aus diesem Grund musste der Tagesordnungspunkt von der Tagessordnung genommen werden.

Er bat darum, von Seiten der Verwaltung abzusichern, dass in der nächsten Sitzung am 30.06.2015 die entsprechenden Informationen gegeben werden können.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sicherte das zu.

---

**zu 9.10 mdl. Anfrage Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zu Richtlinien Rad- und Gehweg Merseburger Straße**

In Bezug auf die Beantwortung durch die Verwaltung zum Thema Rad- und Gehweg Merseburger Straße bat **Herr Scholtyssek** um konkretere Ausführungen dazu.

**Herr Stäglin, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt**, sagte eine Nachreichung der Antwort, spätestens zur Stadtratssitzung, zu.

## zu 10      **Anregungen**

---

Es lagen keine Anregungen vor.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** beendete die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses.

---

Dr. Bernd Wiegand  
Oberbürgermeister

---

Maik Stehle  
Protokollführer

**Anwesend sind:**